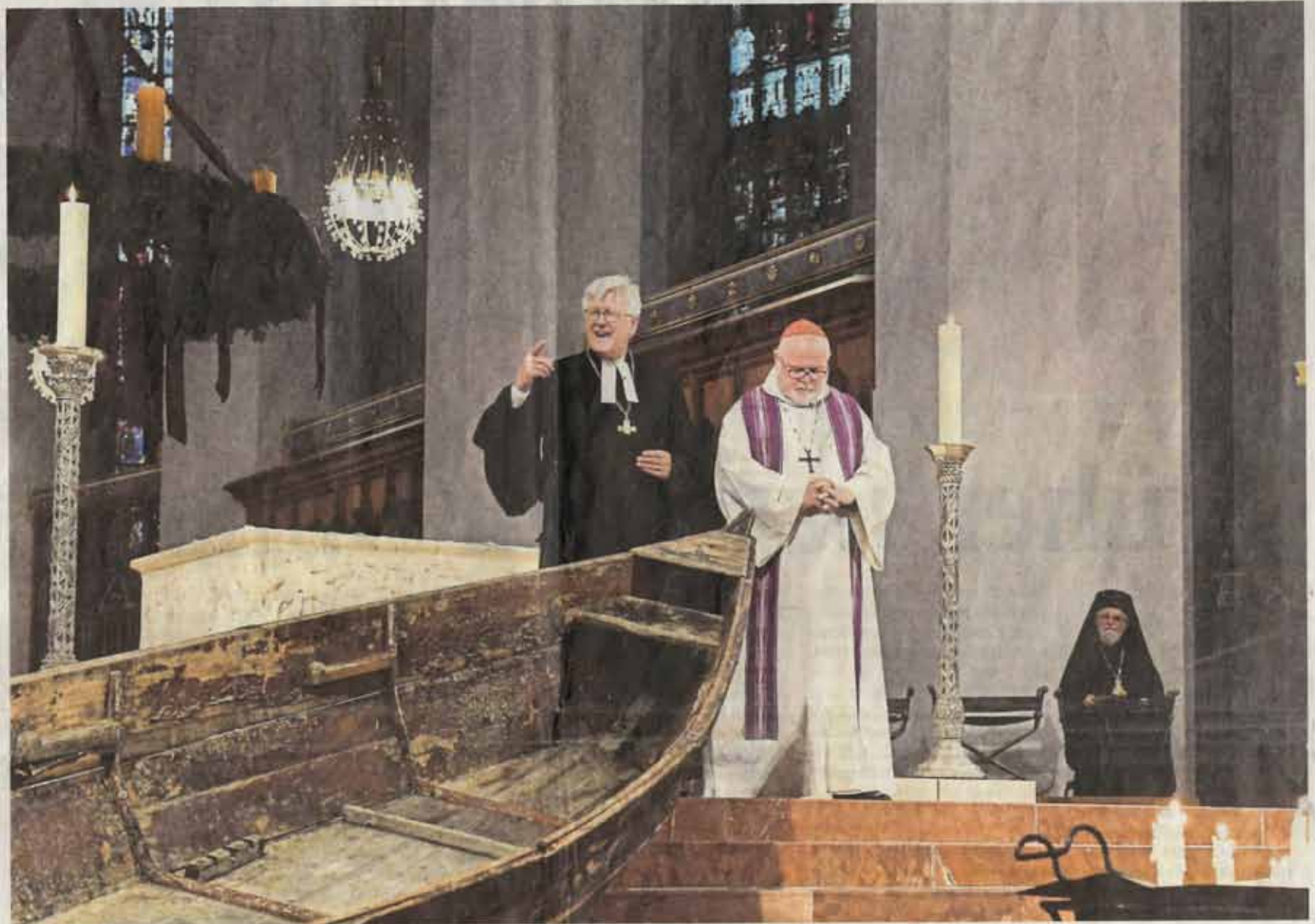


# Was, wenn Schutz Gewalt fordert?

„Wie Frieden wahren“  
– AZ-Serie, Teil 13:  
Landesbischof Heinrich  
Bedford-Strohm erklärt,  
warum der Einsatz von  
Gewalt immer eine  
Niederlage ist, fragt aber  
auch, ob sie nicht  
gerechtfertigt sein kann,  
um Schlimmeres  
zu verhüten

**F**rieden ist ein Sehnsuchts-  
wort. Das gilt für alle  
Menschen guten Willens.  
Aber es gilt ganz bestimmt für  
die jüdisch-christliche Traditi-  
on. Frieden und Gerechtigkeit  
„küssen sich“ – sagt der  
85. Psalm. Das Wort „Frieden“  
steht in einem ganz umfassen-  
den Sinne für das gute und  
heilvolle Leben in der Gottes-  
beziehung. „Es sollen wohl Ber-  
ge weichen und Hügel hinfal-  
len“; – so heißt es im Buch des  
Propheten Jesaja (54,10) –  
„aber meine Gnade soll nicht  
von dir weichen, und der Bund  
meines Friedens soll nicht hin-  
fallen, spricht der HERR, dein  
Erbarmer.“ Das hebräische  
Wort Schalom steht für dieses  
umfassende Heilsein. Auch im  
Neuen Testament spielt der  
Friede eine zentrale Rolle. Das  
geht so weit, dass Christus sog-  
ar mit dem Frieden identifi-  
ziert wird. „Christus ist unser  
Friede“ – heißt es im Epheser-  
brief (2,14).



Heinrich Bedford-Strohm (li.) und Kardinal Marx beim ökumenischen Gottesdienst zum Gedenken an die Toten im Mittelmeer vor einem Jahr im Münchner Dom.

Foto: Felix Hörhager/dpa

von  
**Heinrich  
Bedford-Strohm**

Der 1960 in Memmingen geborene Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland ist Theologe mit dem Schwerpunkt Sozialethik. Seit 2011 ist er Landesbischof in Bayern. Er tritt besonders für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft ein und einen empathischen Umgang mit Flüchtlingen. In diesem Zusammenhang unterstützte die EKD auch die Entsendung eines Flüchtlingsrettungsbootes ins Mittelmeer

Die Passagen aus der Bergpredigt, in denen Jesus über Gewaltfreiheit und Feindesliebe spricht, gehören zu den berühmtesten Passagen der Bibel: „Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen... Denn er lässt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte“ (Matthäus 5,44f). Diese Worte haben auch viele Menschen jenseits religiöser Grenzen inspiriert und sind ein Stück Weltliteratur geworden. Mit guten Gründen wurden sie auch immer wieder zitiert, als in den 80er Jahren Millionen Menschen auf die Straße gingen, um gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Deutschland zu demonstrieren. Viele junge Menschen – gerade mit kirchlichem Hintergrund – nahmen prägende Erfahrungen

für ihr Leben aus der großen Friedensbewegung mit, die sich damals bildete.

Inzwischen haben sich die Zeiten geändert. Neue Fragestellungen sind entstanden, die damals noch gar nicht absehbar waren, etwa die Frage des Einsatzes von unbemannten Drohnen in der Kriegsführung oder der Umgang mit neu entwickelten autonomen Waffensystemen, die auf der Basis von Algorithmen ihre zerstörerische Gewalt entfalten. Und natürlich hat sich die geopolitische Landschaft grundlegend verändert. An die Stelle des Ost-West-Konfliktes und dem damit verbundenen „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen zwei atomar hochgerüsteten Blöcken ist eine unübersichtliche Lage getreten, in der es eine Vielzahl von bewaffneten Konflikten zwischen Staaten, aber auch „privatisierte Gewalt“ durch terroristische Milizen gibt.

Die Kirchen sind sich einig, dass Konflikte mit militärischer Gewalt so gut wie nie gelöst werden können. Im Gegenteil: Gewalt ist immer eine Niederlage, – eine Niederlage für das Bemühen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Gewaltfreiheit, das ist die Vorgabe, die wir von Jesus in der Bergpredigt bekommen haben.

Konflikte müssen durch zivile Mittel, durch Diplomatie, durch Überwindung der weltweiten Armut, durch einen restriktiven Umgang mit Waffenexporten gelöst werden, darin sind wir uns einig in der Kirche.

Einig sind wir uns auch in der Kritik an den Unsummen, die derzeit für die Rüstung ausgegeben werden. Die weltweiten Militärausgaben haben im Jahr 2017 die irrsinnige Höhe von rund 1,9 Billionen US-Dollar erreicht. Die USA kommen auf rund 732 Milliarden US-Dollar. China kommt auf 261 Mrd., Russland auf 65,1 Mrd. und Deutschland auf 49,3 Mrd. In einer Welt, in der noch immer 20 000 Menschen jeden Tag sterben, weil sie nicht genug Nahrung oder Medizin haben, ist das ein Skandal. Wir brauchen nicht mehr Geld für Waffen, sondern endlich einen großen Wurf zur Finanzierung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung!

Eine Analyse der Kriege der letzten dreißig Jahre belegt, dass wir die Möglichkeiten militärischer Gewalt meistens überschätzen. Die militärischen Operationen haben, so muss man feststellen, in der Regel nicht zu den angestrebten Zielen der Befriedung geführt. Gerade im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz hat sich die Skepsis leider bestätigt, dass die angestrebten Ziele mit militärischer Gewalt zu erreichen sein würden.

Trotzdem: Auch Christen können die Anwendung militärischer Gewalt nicht einfach kategorisch ausschließen. Beim Massaker von Srebrenica ermordeten bosnisch-serbische Milizen im Juli 1995 8.000 muslimische Männer und Jungen. Niederländische UN-Blau-

helmtruppen schauten tatenlos zu. Beim Völkermord in Ruanda 1994 wurden in 100 Tagen 800 000 Menschen mit Macheten ermordet, ohne dass die anwesenden UNO-Blauhelmsoldaten eingreifen durften.



In Syrien und im Nordirak errichteten IS-Milizen eine Schreckensherrschaft, von der uns verstörende Berichte von Enthauptungen und systematischer sexueller Versklavung unzähliger Frauen erreichten. Dieser Schrecken wurde nicht verborgen, sondern mit Hilfe des Internets erstmals planmäßig in grauenhaften Videos verbreitet. Er konnte nur mit Mitteln militärischer Gewalt beendet werden, besonders im Fall der Befreiung von Mossul allerdings mit wiederum vielen Opfern.

Diese Erfahrungen mit völkermörderischer Gewalt führen für mich zu dem Schluss, dass es eine moralische Pflicht gibt, das durch Gewalt und Terror verursachte Leid wirksam zu verhindern und dass dabei auch militärische Mittel nicht

ausgeschlossen werden können. Es gibt Situationen, in denen die Ablehnung militärischer Gewalt ebenso ethisch ebenso fragwürdig ist wie deren Bejahung. Es ist bemerkenswert, dass auch der Weltkirchenrat, in dem traditionell pazifistische Positionen ein großes Gewicht haben, anerkennt, dass es Situationen gibt, in denen zum Schutz von bedrohten Menschen auch militärische Mittel legitim oder gar moralisch gefordert sein können.

Im Jahr 2004 saß ich mit Menschen aus aller Welt anlässlich des 10-jährigen Gedenkens an den Völkermord in Kigali, der Hauptstadt von Ruanda, zusammen. Trotz der unmittelbaren Konfrontation mit den noch immer offenen Wunden dieses dortigen Völkermords fiel es den versammelten Kirchenvertretern sehr schwer, als Lernerfahrung für die Zukunft auch militärische Schutzoptionen anzuerkennen.

Heute hat sich die Erkenntnis immer mehr verbreitet, dass es Extremsituationen geben kann, in denen die Anwendung von Gewalt zum Schutz von Menschen als letzter Ausweg und kleineres Übel nicht zu vermeiden ist. Es darf einfach nie wieder passieren, dass Menschen solch schlimmen Gewalttaten ausgeliefert sind, ohne dass ihnen jemand wirksam zu Hilfe kommt. Wir alle sind dankbar, dass wir die Polizei rufen können, wenn wir bedroht werden.

Wie kann das polizeiliche Handeln auf nationaler Ebene auf die internationale Ebene übertragen werden kann? – so lautet die Frage. Ende

Gerechter Friede bleibt das Ziel. Wie er politisch am besten erreichbar ist, darüber muss gestritten werden. Und wie wir den Frieden in unseren Alltagsbeziehungen leben können, ist eine tägliche Aufgabe für uns alle – in den Familien, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz. Das Gebot der Nächstenliebe, das Jesus untrennbar mit der Gottesliebe verbunden hat, ist dabei zentral.

Jesus gibt uns dafür eine wichtige Regel mit auf den Weg, die deswegen auch die „Goldene Regel“ genannt wird: „Alles, was Ihr wollt, dass Euch die Leute tun sollen das tut ihnen auch“ (Matthäus 7.12). Manche kennen diese Regel auch als Sprichwort: „Was du nicht willst, dass man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ Fühle Dich in den anderen ein und behandle ihn so, wie Du auch behandelt werden möchtest! Das ist eigentlich nicht zu viel verlangt.

Letztlich können wir den Frieden nicht selbst machen. Er wird uns geschenkt. Wir hoffen auf ihn. Wir ersehnen ihn. Wir bitten Gott um ihn. Deswegen stehen am Ende einer jeden Predigt, die ich halte, diese Worte aus dem Philipperbrief (4,7): „Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus“.



# **Internationale Münchner Friedenskonferenz**

## **Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg**

### **Manifest: Schutz der Menschenrechte durch Prävention**

#### **Präambel**

**Menschen und Menschenrechte schützen und Konflikte zivil bearbeiten: Ja! – Krieg Nein!**

**Wir akzeptieren die Verantwortung der Staaten wie der Zivilgesellschaft für den Schutz der Menschen vor Verbrechen wie Völkermord, Vertreibung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

**Krieg ist jedoch kein Mittel, um Konflikte zu lösen oder Menschenrechte zu schützen.**

**Die Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte sind gescheitert, gemessen an den vorgegebenen Zielen wie Durchsetzung der Menschenrechte, Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie haben die internationalen Beziehungen verschlechtert, Konflikte geschürt und den Extremismus gefördert. Flächenbrände sind dadurch entstanden und stürzen die betroffenen Regionen ins Elend. Millionen von Menschen verlieren Heimat und Existenzgrundlage.**

**Gebraucht wird ein grundsätzlich neuer Ansatz für die Verhinderung von Kriegen und den Schutz der Menschenrechte, der durch Regierungen, Zivilgesellschaft und inter-nationale Einrichtungen unterstützt wird.**

**Ein tiefgründiges Umdenken ist notwendig: Weg von „Krieg als Mittel der Politik für eine Minderheit“, hin zum „Frieden als Lebensgrundlage für Alle“. Sicherheit und Frieden wird nur erreicht, wenn die Verwirklichung der Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung für Menschen und Umwelt angestrebt werden.**

**Die Antwort auf die Spirale der Gewalt ist die Vision der Entmilitarisierung der Politik und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.**



Die folgenden Themen benennen relevante Politikbereiche:

- 1 Stärkung der UNO und der OSZE
- 2 Präventive Politik und Diplomatie
- 3 Präventive Wirtschaftspolitik
- 4 Rüstungsexporte stoppen, Waffenhandel verhindern
- 5 Zivile und gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten unterstützen und entwickeln
- 6 Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen

# 6 Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen

Derzeit kann auch ein umfassendes und politisch umgesetztes Konzept der Schutzverantwortung nicht ausschließen, dass es zu bewaffneten Konflikten kommt, in welchen Völkermord oder gravierende Verbrechen drohen oder stattfinden. Es sind Situationen denkbar, in welchen politische und zivile Mittel versagt haben oder nicht mehr zur Anwendung kommen, staatliche Strukturen nicht vorhanden sind und kriminelle Vereinigungen oder Regierungen Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen.

Ein Konzept für neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Sicherheitskräfte unter Kommando der UNO sollte ausgearbeitet werden. Diese Sicherheitskräfte sollen in Fällen von bevorstehendem Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - ausschließlich - zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden. Die Konstruktion eines solchen Polizeikonzeptes muss ausschließen, dass nationale Verbände für nationale oder imperiale Ziele sowie für Kriegshandlungen eingesetzt werden: Durch ein neutrales Kommando, durch den Einsatz ausschließlich auf Beschluss des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung der UN, durch multinationale Zusammensetzung der Verbände, durch verbindliche Orientierung auf Völker- und Menschenrecht, durch entsprechende Ausbildung, Logistik und Bewaffnung und durch entsprechende Definition von Einsatzkriterien und Richtlinien.

Die Sicherheitskräfte können mit einem konkreten Auftrag in konkreten Krisen- oder Gefährdungslagen eingreifen. Sie haben keine weiteren Polizeiaufgaben zu übernehmen. Sie sind defensiv ausgerichtet, leicht bewaffnet und am Schutz gefährdeter Menschen orientiert und sollen, entsprechend den Polizeiaufgaben, Verbrechen verhindern. ....

Die Erarbeitung eines solchen Polizeikonzeptes ist eine Herausforderung für Zivilgesellschaft und Parteien; auch die Friedensbewegung sollte hier kritisch- konstruktiv mitwirken. Das Konzept soll Einsätzen von NATO und nationalen Armeen die Legitimation zu Interventionen entziehen und die Bedenken vieler Menschen aufgreifen, die in manchen Situationen einen bewaffneten Schutz von Menschenleben für erforderlich halten.

Entmilitarisierung und Abrüstung, die Entwicklung der zivilen Instrumente und die Umsetzung der präventiven Maßnahmen sollen den Einsatz dieser (bewaffneten) Sicherheitskräfte überflüssig machen!

Manifest hier online: <http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=50>